

# »ALL DAS HIER – VERLOREN. UND FÜR NICHTS SIND WIR ENTSCHÄDIGT WORDEN.«

Hamdallaye vor der  
Zwangsumsiedlung

**Guinea ist der zweitgrößte Bauxit-Produzent der Welt.** Immer größere Teile der Bevölkerung verlieren hierdurch ihre Lebensgrundlagen. Felder und Wälder werden vernichtet, Unmengen Wasser verbraucht. Jetzt vergrößert die Compagnie des Bauxites de Guinée (CBG) mit Unterstützung von Bundesregierung und Weltbank ihre Mine. Deutschland bezieht 80 Prozent des Rohstoffs aus dem westafrikanischen Land. Das aus Bauxit gewonnene Aluminium wird für die Produktion von Verpackungen, Getränkedosen oder Auto-Karosserien verwendet. FIAN unterstützt die betroffenen Gemeinden, Gehör bei der Bundesregierung zu erhalten.

## ZWANGSUMSIEDLUNG WÄHREND DES LOCKDOWNS

Die Bevölkerung von Hamdallaye und zwölf weiteren Dörfern hat offiziell Beschwerde gegen den Ausbau eingereicht. Agrarland und Wasserquellen gehen verloren. Hochbelasteter Bauxitstaub verbreitet sich ungehindert, das Trinkwasser ist verschmutzt.

Dennoch soll sich die Produktion der Sangaredi-Mine bis 2022 verdoppeln. Im März hätte eine Mediation mit der CBG stattfinden sollen. Doch dann kam der Corona-Lockdown und der Termin fand nicht statt. Trotz des laufenden Verfahrens wurde das Dorf im Mai umgesiedelt.



» Ich habe mein urbares Land verloren, meine Felder. Das kann nicht ersetzt werden. Es ist das Land, das ich von meinen Vätern geerbt habe.« Mamadou Bah, 64, Dorfchef von Hamdallaye

**SPENDEN SIE FÜR FIAN ...**

... damit die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme erhalten

Die Gegend sieht wie eine  
Marslandschaft aus – an Landwirt-  
schaft ist nicht zu denken.



# LEBENSFEINDLICHE BEDINGUNGEN IN »NEU-HAMDALLAYE«

100 Familien lebten in Hamdallaye. Bis zuletzt waren die Häuser mit reich verzierten Holztüren im Schatten großer Bäume ihre Heimat.

Die CBG hat die ausgebeuteten Tagebaue nicht rekultiviert – beispielsweise Wälder aufgeforstet oder neue Humusschichten aufgetragen – und hat die Bevölkerung dennoch in genau diese unwirtliche Gegend umgesiedelt. Der teilweise nackte Fels ist für die Landwirtschaft ungeeignet, die Häuser befinden sich im Rohbau. Wasser- und Sanitärversorgung sind miserabel.

Nach guineischem Gesetz hätte die CBG der Gemeinde gleich- oder höherwertiges Land anbieten müssen. Die Bewohner\*innen wurden kaum in die Planungen der Umsiedlung einbezogen oder auch nur ausreichend informiert. Viele zerstörte Besitztümer wurden nicht entschädigt.



»Die Folgen des Verlustes von Land und Lebensgrundlagen sind für die Lebensbedingungen der Dorfbewohner katastrophal«, sagt Mamadou Bah.



»Der Staub fällt sogar beim Kochen in unser Essen«, so eine Dorfbewohnerin – hier noch an der Feuerstelle im alten Dorf.

## VERSCHMÜTZUNG UND WASSERMANGEL

Der rote Staub, der durch die Sprengungen und den Verkehr entsteht, macht die Menschen krank. Viele Nutztiere verenden. Der Staub dringt in die Häuser und macht Äcker und Gärten unbrauchbar. Infolge des Bauxit-Abbaus sind in den letzten Jahren drei Flussläufe ausgetrocknet.

Nur einer der neu gebohrten Brunnen lässt sich nutzen. Besonders Frauen leiden unter den weiten Wegen und langen Wartezeiten.

Das Pumpen erfolgt manuell und ist sehr anstrengend – besonders für Ältere oder Kranke. Manche verlieren die Geduld und nutzen verschmutztes Wasser.

## DEUTSCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR MINEN-ERWEITERUNG

Das meiste Aluminium hierzulande geht in die Automobil-Produktion. Deutschland hat den höchsten Pro-Kopf-Verbrauch der Welt. Die Bundesregierung macht sich für die Sangaredi-Mine stark: »Die Erweiterung trägt zur Beschäftigungssicherung in der Region Boké bei und wird den Beitrag zur guineischen Wirtschaftsentwicklung weiter steigern.« Aus den betroffenen Dörfern arbeiten jedoch kaum Menschen in der Mine, erst recht keine Frauen.

Deutschland steht doppelt in der Verantwortung: Die Bundesregierung entscheidet mit über die Vergabe von Geldern der Weltbank. Und sie bürgt für ein Drittel eines 800-Millionen-Euro-Kredits, mit dem die Mine erweitert wird. Dabei hat die Regierung Kenntnis über die Verletzung der Menschenrechte vor Ort.

## FORDERUNGEN VON FIAN

FIAN hat guineischen Betroffenen Gespräche mit dem deutschen Entwicklungsministerium vermittelt, damit diese die Situation vor Ort und ihre Forderungen gegenüber den Verantwortlichen darlegen können. FIAN insistiert: Der Rohstoff-Hunger der

deutschen Industrie darf nicht auf Kosten der Bevölkerung in Guinea gestillt werden. Die deutsche Außenwirtschaft darf nicht bedingungslos gefördert werden, sie muss zur Einhaltung der Menschenrechte verpflichtet werden. Dazu setzt sich FIAN für ein Liefer-

kettengesetz ein. Klagemöglichkeiten gegen Unternehmen müssen verbindlich festgeschrieben, gravierende Verstöße mit einem Ausschluss von Außenwirtschaftsförderung sanktioniert werden.

## SPENDENKONTO

GLS Bank Bochum

IBAN DE84 4306 0967 4000 444400

BIC GENODEM1GLS

FIAN Deutschland e.V.

Gottesweg 104 · 50939 Köln

Telefon 0221 474 491-10

info@fian.de · www.fian.de

FIAN, September 2020 · M111 · Fotos: Benjamin Moscovici



Die deutsche Rohstoffpolitik führt zu Menschenrechtsverletzungen in Guinea.

## SPENDEN SIE FÜR FIAN ...

... damit Menschenrechte vor  
Wirtschaftsinteressen gestellt werden!

